Zeitung des Kreisverbandes der Linkspartei.PDS – Märkisch-Oderland

DIE LINKE.PDS IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde *Februar 2007*



Gesundheitsreform

Nicht verschieben, sondern neu anfangen

Die anstehende Gesundheitsreform ist unsozial und gefährdet große Teile der gesundheitlichen Versorgung. Besonders chronisch Kranke und mehrfach Erkrankte werden finanziell stärker belastet. Eine Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung findet nicht statt, im Gegenteil. Diese unsozialen Verschlechterungen für Versicherte und Patienten lehnen wir ab:

- Zusatzbeitrag, für den nur die Versicherten aufkommen müssen. Die Arbeitgeber werden von Kostensteigerungen ausgenommen.
- Einführung einer Kopfpauschale, wodurch Ärmere stärker belastet werden als Besserverdienende.
- »Teilkasko-Tarife« für Junge und Gesunde, teure »Vollkasko-Tarife« für Kranke. Durch diese unsolidarischen Wahl- und Sondertarife fehlt den Kassen Geld für Behandlungskosten, das allein von den Kranken aufgebracht werden muss.
- Höhere Zuzahlungen für Krebskranke, die nicht zur entsprechenden Vorsorge gegangen sind.
- Einführung eines Selbstverschuldungsprinzips als Dammbruch: Zunächst zwar nur bei Folgekosten von Tätowierungen, Piercings oder Schönheitsoperationen wird so der Weg für zukünftige Leistungsausgrenzungen (wie z. B. bei Dickleibigkeit oder Freizeitunfällen) geebnet.
- Hohe Beitragssteigerungen ab 2007 bei der Krankenkassen-Finanzierung.

Das Wettbewerbs-Stärkungs-Gesetz (so harmlos nennt die Bundesregierung einen Teil ihrer Reform-Pläne im Gesundheitswesen) kann auch mit weiteren Wochen Streits der Koalitionäre nicht besser werden. In seltener Einigkeit haben in den vergangenen Monaten Leistungserbringer, Kostenträger und Betroffene ihre Ablehnung zum Gesetzentwurf formuliert, der keinen Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitswesens leistet.

Für die Versicherten zeigen sich jetzt schon die Auswirkungen der Fehlentscheidungen von Rot-Schwarz: Auf breiter Basis wurden die Kassenbeiträge zum 1. Januar angehoben. Die drastische Reduzierung des Bundeszuschusses und die Erhöhung der Mehrwertsteuer führen zu staatlich verordneten Belastungen der Krankenversicherung in Milliardenhöhe. Für die Entschuldung der Kassen werden weitere Milliarden benötigt. Kopfpauschalen und Sondertarife ab 2009, Schuldprinzip sowie Zuzahlungen für Krebskranke ohne regelmäßige Vorsorge werden als einseitige Belastungen für Versicherte dazukommen. Sie werden den zusätzlichen Finanzbedarf aber bei weitem nicht decken. Krankenkassen mit mehr schwerer Kranken zahlen weiterhin drauf. So wird sich der Wettbewerb darum drehen, junge und gesunde Versicherte zu gewinnen. Damit aber wird das Solidarprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung weitgehend außer Kraft gesetzt. Deshalb fordert DIE LINKE. den Stopp dieser von sozialer Blindheit geschlagenen Reform. Das System der gesetzlichen Krankenversicherung lässt sich durch die Einführung der von uns geforderten solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung zukunftsfest machen. Mit der Bürgerversicherung könnten die Beiträge langfristig bei 10 Prozent liegen und trotzdem alle Zuzahlungen im Gesundheitswesen entfallen.

Frank Spieth – gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

IN DIESER AUSGABE

Die neue Linke
Seite 2

Alte Ziele, neue Ziele!
Seite 3

Aus dem Kreistag
Seite 4

Parlaments-splitter
Seite 5

Zivilcourage vereint
Seite 6

Auf Spurensuche
Seite 7

In memoriam
Seite 8

Themen der nächsten Ausgabe

Landesparteitag

Politischer Aschermittwoch

Mandatsträger-konferenz

Redaktionsschluss für März-Ausgabe 16. Februar

Die neue Linke ist längst da...

(Dagmar Enkelmann auf der Regionalkonferenz in Essen - Auszüge)

Ohne sie gäbe es keine öffentliche Debatte um Mindestlohn, öffentlich geförderte Beschäftigung, ein gerechtes Steuersystem und die friedliche Lösung internationaler Konflikte. Für mich ist die Arbeit der Bundestagsfraktion ein Modell für die neue linke Partei.

Doch die programmatische Debatte hat zu sehr den Charakter von Spitzengesprächen, ist zu wenig Basisdebatte. Aber eine substanzielle Debatte jetzt muss erkennbar machen, welche Partei wir auf den Weg bringen und welchen Platz sie im politischen System einnimmt.

Die programmatischen »Eckpunkte« stellen als Gründungsdokument sicher mehr dar als den kleinsten gemeinsamen Nenner von Linkspartei und WASG. Aber mir reicht ein verschämter Hinweis auf den demokratischen Sozialismus nicht. Kapitalismus ist nicht die letzte und schon gar nicht höchste Stufe gesellschaftlicher Entwicklung. Zu untersuchen ist die ganze Vielfalt kapitalistischer Unterdrückungsmechanismen und wie sich die Linie zwischen unten und oben verschiebt. Neue Schichten – Akademiker, die Mittelschicht – drohen in Armut abzurutschen. Dies alles muss wissenschaftlich reflektiert werden. Das ist auch für die neue Rolle des Staates notwendig. Wir brauchen eine Definition der öffentlichen Daseinsvorsorge, von Eigentum, dessen Vergesellschaftung und Kontrolle.

Ich bekenne mich zum strategischen Dreieck. Wenn wir von Protest, Alternativen und Gestaltung als strategischem Dreieck reden, so hat dieses auch drei Seiten. Das heißt, nicht jeder darf sich seine aussuchen und dort bequem einrichten, beispielsweise Regierungsbeteiligung eingehen und auf jedweden Protest verzichten. Sich an einer Regierung zu beteiligen, heißt für mich auch, eine rote Linie zu ziehen, ab der man nicht mehr mitregiert.



Politikgestaltung beginnt für mich weit vor einer Regierungsbeteiligung. Kommunalpolitiker, Bürgermeister, hauptamtliche Dezernenten usw. gestalten die Gesellschaft in einem oft engen Handlungsrahmen. Kommunalpolitik muss auch künftig einen hohen Stellenwert in der neuen Partei haben. Es muss klare Kompetenzverteilungen zwischen Fraktionen und Partei, zwischen Partei und außerparlamentarischen Bewegungen, zwischen Fraktionen und Regierungen geben. Wir müssen der latenten Gefahr der Verselbstständigung von Ebenen begegnen. Das betrifft die Parlamentsfraktionen, aber auch die Linkspartei in den neuen Ländern. Dort erlebe ich mitunter eine Mentalität wie: »Wir haben uns eingerichtet und sind erfolgreich. Wenn schon ein Zusammengehen mit dem Westen, dann aber nicht zuviel Westen.«

Das Zusammengehen von Linkspartei und WASG ruft eben auch Befürchtungen und Ängste hervor. Das betrifft die befristete Regelung in der Satzung zum Mandatsschlüssel, die die westdeutschen Verbände privilegiert. Aber wir haben uns verpflichtet, das Zusammengehen soll auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Das bedeutet auch den Ausgleich von Ungleichgewichten zwischen der Mitgliederzahl von Linkspartei und WASG. Wir wollen nicht den Weg der anderen Parteien gehen, die sich ihre ostdeutschen Pendants im Stil feindlicher Übernahme einverleibten und den Osten ziemlich untergehen ließen.

In den vergangenen 17 Jahren hat die Linkspartei.PDS viel erreicht. Mit diesem Selbstbewusstsein sind wir nicht unterzubuttern. Mein Eindruck ist, die »Wessis«, wenn ich mal so sagen darf, verstehen besser zu glänzen und benutzen öfter mal den Ellenbogen. Das haben wir nicht nötig.

Auch die Gleichstellung der Geschlechter und dass Frauen mehr Chancen in der Politik haben, sind unser Markenzeichen. Es tut gut zu wissen, dass auch in der neuen Partei viele weibliche Gesichter sein werden.

Die neue Partei muss zu einem Sammelbecken linker Politik werden, die über die bisherige Mitgliedschaft in Linkspartei und WASG hinausreicht. Sie wird einen festen Platz in der politischen Auseinandersetzung der Gesellschaft finden.

D. E. ist Mitglied der Steuerungsgruppe Parteigründung

Unsere Heimat

Dialog für ein Brandenburg der Regionen

Ich kann den meisten Passagen zustimmen. Sie geben Auskunft über das Denken der Landtagsfraktion, scheinen jedoch als alternativer Entwurf einer linken Opposition nur sehr eingeschränkt brauchbar. Zuviel bleibt nebulös, einiges wohl mit Rücksicht auf die Bundes-WASG. Und manches hat meines Erachtens den Beigeschmack einer vorgezogenen Deeskalationsstrategie im Umgang mit der SPD als einzig möglicher Koalitionspartnerin.

Richtig wird festgestellt, wir brauchen eine konsequente Abkehr vom Neoliberalismus. Ein direkter Bezug auf den demokratischen Sozialismus als notwendigem Ziel, Bewegung und Wertesystem im Sinne der Programmatik wird leider peinlich vermieden. Das ist nicht aus regionaler Sichtweise zu begründen, könnte aber unter der Mehrheit mir bekannter Linken als Abrücken vom Konsens verstanden werden und dem Parteibildungsprozess schaden. Ohne demokratischen Sozialismus, wie im Chemnitzer Parteiprogramm dargestellt, bleiben Tradition und Veränderungswille der Fraktion wenig glaubhaft. Gebraucht wird eine grundsätzlichere antikapitalistische Orientierung. Das ist sogar mit Artikel 15 des Grundgesetzes konform.

Mehrfach wird globale Herausforderung richtig beschrieben und zum verantwortungsvollen Handeln gedrängt – ein erheblicher Fortschritt. Die Schlussfolgerungen jedoch, die sich zum Beispiel aus Klimawandel und dramatischen Auswirkungen auf das soziale Sein in Brandenburg ergeben, sind in den strategischen Handlungsfeldern teilweise ohne Biss. Da sich die ökologische Krise zu einer globalen sozialen zuspitzt, ist meine Forderung, als Ziel noch deutlicher eine nichtkapitalistische ökologisch organisierte Gesellschaft im Auge zu haben. Das betrifft nicht nur das Papier der Brandenburger Fraktion, sondern die Parteineugründung insgesamt.

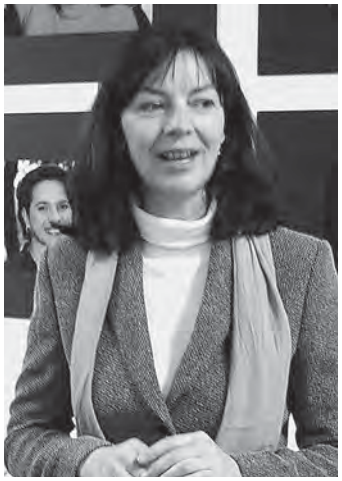
Im Weiteren sollten wir davon ausgehen, dass die unaufschiebbare Gestaltung eines solidarischen Brandenburg »UNSERER HEIMAT« vor allem Sache der Parteibasis sowie der gewählten Kreisvorstände und nicht nur der Fraktionen ist.

Inzwischen liegen mehr als 150 Seiten Eckpunkte und Leitlinien verschiedenster Parteiebenen vor. Ich befürchte daher ein unkritisches Durchwinken. Vielleicht wäre es möglich, den Dialog zeitlich und thematisch zu strukturieren.

Diskussionsbeitrag von Friedrich Pietsch (gekürzt)

Schwerpunkte der Arbeit der Linkspartei.PDS in Brandenburg 2007

Der Landesparteitag hat beschlossen, 2007 eine Diskussion zur weiteren Entwicklung Brandenburgs zu führen. Das dazu vorliegende Leitbild »Dialog für ein Brandenburg der Regionen« soll eine breite Diskussion in der Partei und mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern anstoßen. Wir wollen mit euch und vielen Menschen aus allen Teilen unserer Gesellschaft ins Gespräch kommen. Und wollen wir dabei neue Partner finden, müssen wir mit interessanten Angeboten aus unserem Leitbild auf sie zugehen und ihre Meinung einfordern. Gelingt es uns, eine solche Diskussion im ganzen Land zu führen, dann bringen wir Brandenburg in Bewegung – auch mit Blick auf die vor uns stehenden Wahlen im Jahr 2008 und 2009!





Das zweite große Thema wird der Parteineubildungsprozess sein. Spätestens im September 2007 werden wir auch in Brandenburg die Partei DIE LINKE gründen. Bis dahin liegt noch ein gutes Stück Arbeit vor uns. Eines haben wir bereits geschafft, die Diskussion um die Gründungsdokumente für die neue Partei hat Früchte getragen. Ein Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus konnte verankert werden. Im Frühjahr wird es eine Urabstimmung und mehrere Parteitage geben. Mitunter gehen die Diskussionen heiß her. Aber dem weichen wir nicht aus und wir wollen es auch gar nicht. Dialog ist nicht eben nur Methode, sondern auch ein Prinzip. Natürlich ist es wichtig, dass wir dabei das Ende nicht aus den Augen verlieren. Wenn wir aber unsere Meinungsverschiedenheiten im kulturvollen Streit miteinander austragen, gelingt es uns, eine gemeinsame, bundesweite, starke, demokratische und sozialistische Linke in Deutschland zu gründen!

In diesem Sinne hoffen wir auch in diesem Jahr auf eure Mitarbeit. Wir wünschen euch Gesundheit, persönliches Glück und ein gutes Jahr 2007.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende,
Thomas Nord, Landesvorsitzender

Mindestlohnkampagne auch 2007

Sie ist keineswegs ein alter Hut von 2006, sondern entsprechend Parteivorstandbeschluss auf dem Weg in Phase 2. Ich finde eine Entscheidung mit solider Grundlage dank Verlauf und Ergebnis der ersten Etappe. Es gibt keine Kampagne der Linken, die so die gesellschaftliche Diskussion in der Bundesrepublik bestimmt hat. Erstmals wurde auch durch gemeinsames Handeln eine Brücke zu den Gewerkschaften geschlagen. Ein Beispiel, wie vereinigungswillige Linkspartei und WASG sozialpolitisch im Gleichschritt laufen.

Jetzt gehört die Mindestlohnkampagne zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, denn 19 von nun 27 Mitgliedsstaaten der EU haben Mindestlöhne. Wieviel Achtung, Anerkennung und Autorität könnte Deutschland während seines Vorsitzes erlangen, würde es ernsthafte Schritte zur sozialen Einheit der EU einleiten.

Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern um die Fundamente einer europäischen Sozialpolitik auf Basis der Leistungsfähigkeit der Mitgliedsländer. Der Kampf um nationale Mindestlöhne stärkt die Position der europäischen Linken und der Gewerkschaften. Der globalisierten Wirtschaftswelt müssen globalisierte soziale Standards entgegengesetzt werden. Mindestlöhne verändern das gesellschaftliche Leben weit mehr als die meisten Menschen annehmen – Einnahmen und Ausgaben der Sozialsysteme, Konsumverhalten, Umweltbewusstsein, bewusste Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und nicht zuletzt die Nutzung von Bildungsmöglichkeiten. Viele Minijobs würden für Arbeitgeber unattraktiv und wieder sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Die Mindestlohnkampagne wird unser politisches Handeln auch im neuen Jahr maßgeblich beeinflussen. Ihr Ergebnis und die neue LINKE, also wir, werden bestimmen, ob es unser Jahr ist, das Jahr der LINKEN.

Bernd Sachse,
1. Kreisvorsitzender MOL

Brandenburgs Haushalt – kein Garant für die Zukunft

Brandenburg driftet auseinander. Die Armut nimmt zu. Dennoch wurden alle 31 Änderungsanträge der Linksfraktion zum Haushalt abgelehnt:

1. Anstelle in Köpfe zu investieren, plant die Koalition die Streichung von 899 Lehrerstellen. Unseren Vorschlag, auf die Streichung von wenigstens 300 Stellen zu verzichten und entsprechend Empfehlung der Bosch-Stiftung Geld im System zu belassen, lehnt sie ab und bleibt bei ihrem sozial selektiven Bildungssystem.

Auch unsere Vorschläge für einen Rechtsanspruch aller Kinder ab 2 Jahre auf einen Kitaplatz und schrittweisen Einstieg in ein gebührenfreies Vorschuljahr wurden abgelehnt.

2. Die finanzielle Ausstattung von Hochschulen und Forschung reicht nicht aus. Ministerin Wanka ist stolz auf den Mittelplatz des Landes. Wir müssen aber dauerhaft auf Spitzenplätze gelangen mit dem Rohstoff Hochschul- und Forschungsland Brandenburg. Unser Vorschlag zur personellen Stärkung des Hochschulmittelbaus mit zusätzlich 100 Stellen wurde abgelehnt.

3. Koalition und Ministerpräsident wollen Wirtschaft und Technologie weiter stärken und haben dafür extra ein neues Förderkonzept. Der Haushalt aber stärkt die Schlüsselbranchen nicht. Wir dagegen wollten die Schlüsselbranchen mit 20 Mio. ausstatten. Abgelehnt! Übrigens werden auch 2006 ca. 300 Mio. Euro Fördermittel nicht abfließen. Seit 2003 sind das dann ca. 1,3 Mrd. nicht angelegte Fördergelder und verschenkte Beschäftigungsmöglichkeiten in Größenordnungen.

4. Der Ministerpräsident hat zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Aktuellen Stunde im November angekündigt, in den nächsten Monaten die Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik zu überprüfen. Seine Sozialministerin führte in der Haushaltsdebatte aus, das Instrumentarium reiche aus. Unser Vorschlag für die Schaffung von vorerst 4500 öffentlich geförderten Arbeitsplätzen wurde abgelehnt.

5. Die Koalition kürzt die Mittel für den ÖPNV. Unser Vorschlag, die Kürzungen in der Fläche nicht vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Die Koalition hat die große Chance vertan, den Haushalt 2007 zu einem Brückenhaushalt für die Zukunft des Landes zu machen. Sie hat, wie so oft, Konsolidierung und intelligente Einnahmepolitik mit blindem Sparen verwechselt.

Aus der Pressemitteilung der Fraktionsvorsitzenden, Dezember 2006

Kerstin Kaiser

Fast drei Viertel der Arbeitslosen leben von Alg II

Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist im Dezember nach neun Monaten leichten Rückgangs wieder gestiegen – in MOL um 0,6 auf 15,3 %. Während die Strausberger Region deutlich unterhalb der Quote der restlichen Bereiche im Arbeitsagenturbezirk Frankfurt liegt, ist diese in Seelow und Bad Freienwalde deutlich darüber.

Die große Mehrheit der Arbeitslosen im Landkreis lebt von Arbeitslosengeld II. Im Raum Bad Freienwalde fast drei Viertel, im Seelower Raum gut 70 Prozent, um Strausberg gut 65 Prozent aller Arbeitslosen.

Bei über 55 Jahre alten Arbeitslosen ist das Verhältnis von Alg I- und II-Bezieherinnen und Beziehern ausgeglichener als unter Jüngeren. Dennoch haben die meisten Arbeitslosen die 50 schon überschritten. In Bad Freienwalde und Seelow stellen sie weit über ein Viertel aller Jobsuchenden.

Strausberg als Berliner Randraum kann eher Stellen besetzen als Gebiete weiter östlich. Die scheinbar größten Chancen im Bezirk hätten Fachkräfte aus der Land- und Forstwirtschaft. Auch im Dienstleistungsbereich gäbe es mehr freie Stellen als Bewerbungen. Im produzierenden und im Baugewerbe dagegen sei es umgedreht.

Auch in MOL gilt, es gibt nicht zu viel unrasierte und ungewaschene Arbeitslose, sondern zu wenig Arbeitsangebote.

»Für Stoiber gilt: Wer zu spät geht, den bestraft das Leben.«

Dagmar Enkelmann live zu Medienvertretern – befragt nach ihrem Kommentar zur CSU-Diskussion um Stoibers Rück-, Vor- oder Seitentritt.

AUS DEM KREISTAG

Trotz alledem…

Dieter Schäfer zum Kreishaushalt 2007

Würden wir den Haushalt isoliert betrachten – ohne Rahmenbedingungen – müssten wir ihn ablehnen. Erst Recht auf Grund der voraussichtlichen Investitionen der nächsten Jahre, die bis 2010 einen Tiefstand von unter 10 Mio. erreichen werden. Wir als Fraktion sehen aber die Kommunalfinanzierung differenzierter. Null ist erst mal nichts Negatives, aber das strukturelle Defizit lässt sich ohne Veränderung der Rahmenbedingungen nicht beseitigen. Daher verbinden wir unsere Zustimmung zum Haushalt mit einer Verfassungsbeschwerde, die die quantitativen und qualitativen Kriterien für die Finanzierung der Kreise, Städte und Gemeinden zum Inhalt haben muss.



Die jährlich neu entstehenden Volumina des strukturellen Defizits betragen:

– 2004 (Ist)	6,915 Mio
– 2005 (Ist)	11,788 Mio
– NHH 2006	10.039 Mio
– 2007	15,844 Mio
– 2008	18,735 Mio
– 2009	19,717 Mio
– 2010	20.507 Mio

So ergibt sich voraussichtlich bis 2010 ein Gesamtdefizit von 103,547 Mio. Deshalb unterstützen wir in diesem Zusammenhang die Bemühungen des Landrates, der Tendenz entgegen zu wirken, dass Kreis, Städte und Gemeinden gegeneinander – anstatt gemeinsam – gegen die unzulängliche Finanzierung auftreten. Es ist gut und richtig, dass andere Landkreise und kreisfreie Städte für die Verfassungsbeschwerde gewonnen werden konnten.

Weshalb stimmen wir trotzdem dem Haushalt 2007 zu?

Konsolidierungswille und entsprechende Maßnahmen werden von der Fraktion respektiert. Neuralgischer Punkt in den Debatten war immer die Kreisumlage. Im Interesse der Arbeit der Kommunen wollen wir sie nicht erhöhen, obwohl es haushaltstechnisch nötig wäre. Wir wollen unsere Probleme nicht beliebig auf die Gemeinden abwälzen.

Im Haushaltsentwurf 2007 wird das Niveau der so genannten freiwilligen Aufgaben beibehalten. (ganze 1,8 % des HH). Der Bedarf ist ungleich höher, wenn die Aufgaben nach § 2 der Landkreisordnung erfüllt werden sollen. Trotz alledem empfehlen wir dem Landrat, mit der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zur Kultur-GmbH permanente Kostensteigerungen zu verhindern.

Die Verfassungsbeschwerde wird auf den Weg gebracht. Sie ist berechtigt und notwendig.

Kultur ist kein privater Spielplatz

… und zum Grundsatzbeschluss Kultur GmbH

Alle wollen die Kultur GmbH, aber sie darf nicht mehr kosten. Mit dieser fiskalisch verseuchten Idee ist nun umzugehen, weil die Rahmenbedingungen auf Grund der Haushaltssituation festgezurrt sind. Ein Anheben der Kosten für freiwillige Aufgaben über 1,8 % würde die Kontrolleure des Kreishaushaltes auf den Plan rufen und uns übler Verschwendung bezichtigen.

Wie kann man an Kultur sparen? Kleinere Stücke, weniger Schauspieler, Mehrfachrollen, weniger Museumsgut, weniger Requisite, Zweimann-Chöre, Orchester aus 3 Personen und vielleicht noch das Einspielen von Werbeblöcken auf der Bühne? Mit Logik ist das alles nicht zu erklären, denn Kultur ist als Lebensweise zu verstehen, die nach § 2 der Landkreisordnung zum Wohle der Einwohner zu fördern ist: »Kultur ist kein privater Spielplatz – Kultur ist vielmehr unsere Lebensweise« (Ex-Bundespräsident von Weizsäcker, CDU Mitglied).

Und für diese Lebensweise stehen immer weniger Mittel zur Verfügung. Dennoch hat die Kultur GmbH in über 10 Jahren viel Gutes geleistet, worauf wir stolz sein können und den »Machern« ausdrücklich danken. Ich bin noch beeindruckt vom Eröffnungskonzert der Kreismusikschule in der neuen Wirkungsstätte »Tonhalle« in Strausberg – eine unter Denkmalschutz stehende alte Turnhalle Baujahr 1904, die mit Hilfe der Wohnungsbaugesellschaft Strausberg zu einer musikalischen Wirkungsstätte wurde. Für alle Beteiligten eine ideale Lösung.

Unser Beschluss zur Sicherung der Arbeit der Kultur GmbH für die nächsten Jahre ist ein gutes Zeichen, hat aber zwei weitere Seiten: Der Gesellschafter muss mit Geschäftsführung und Einrichtungsleitern das Fortbestehen der kulturellen Einrichtungen und der wesentlichen Angebote sichern. Dabei müssen alle Mitarbeiter der GmbH einbezogen werden und die Gesellschafterversammlung hat alle Vorschläge auf das WIE zu prüfen. Vieles wurde schon geleistet, vom Personalabbau bis zur Gebührenanhebung, nun ist ein weiterer Einschnitt erforderlich. Aber wir sind zuversichtlich.

Außerdem muss der Landkreis Verantwortung für seine Immobilie, die der GmbH zur Verfügung gestellt wurde, tragen und ein eindeutiges Investitionsprogramm auf Grundlage einer bestehenden Prioritätenliste bis 30. Juni erstellen.

Aus unserer Sicht ein guter Kompromiss, der das Machbare in den Mittelpunkt stellt.

(Auszüge aus den Reden des Vorsitzenden der Linksfraktion MOL im Kreistag 20.12.2006)

PARLAMENTSSPLITTER

Waldsieversdorf ohne Baumforschung?



Auf dem 4,5 Hektar großen Areal des Institutes für Forstgenetik und Forstpflanzenforschung in der Märkischen Schweiz wachsen chinesische Kiefern neben finnischen, schwedischen und brandenburgischen Birken sowie gezüchteten Pappeln. Diese Versuchsflächen könnten schon bald verwildern, denn der Standort der Baumforschung in Waldsieversdorf soll nach Grosshansdorf bei Hamburg verlagert werden. Im September beschloss das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) in seinem neuen Rahmenkonzept die Zusammenlegung beider Außenstellen des Institutes.

Nach dem ersten Schock haben Forscher, Gemeinde und Abgeordnete der Linken nun Widerstand angekündigt. »Der Standort Waldsieversdorf muss erhalten bleiben«, erklärte Dagmar Enkelmann nach einem Vor-Ort-Besuch zusammen mit der agrarpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Kirsten Tackmann. »Bundesminister Seehofer spricht immer von der Stärkung der ländlichen Räume – mit Abbau von Arbeitsplätzen in wissenschaftlichen Einrichtungen bewirkt er aber das genaue Gegenteil«, kritisierte Enkelmann. Für die beiden Abgeordneten ist es völlig unverständlich, warum das Ministerium gerade ein wissenschaftliches Institut, das sich mit hochaktuellen Fragen wie nachwachsenden Rohstoffen und Auswirkungen des Klimawandels befasst, zur Einstellung jahrelanger Forschungsarbeit zwinge. Wichtige Forschungsprojekte für die Region, so die Untersuchung besonders trockenbeständiger Bäume wie Kiefern, sind an die Bedingungen vor Ort gebunden und können nicht verlagert werden. Enkelmann und Tackmann forderten die Brandenburger Landesregierung auf, sich beim Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer für die Erhaltung des Standortes einzusetzen. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) solle Druck auf die Bundesebene machen und um die Brandenburger Agrarforschungsstandorte in Waldsieversdorf und Wusterhausen kämpfen.

Wir wollen nicht nur Leuchttürme

Neujahrsempfänge sind eine gute Gelegenheit, ungezwungen und über Parteigrenzen hinweg, ins Gespräch zu kommen. Kontakte werden geknüpft oder vertieft – zu Bürgermeistern, Gemeindevertretern, zu vielen gesellschaftlich Aktiven von Vereinen, Verbänden, Unternehmen. Hier kann man Bilanz ziehen, Sichtweisen austauschen oder Absprachen treffen. Oder man freut sich einfach, einander zu sehen und sich nach dem Befinden zu erkundigen.

Auch kann man Dank sagen: für geleistete Arbeit, für Engagement, Ideen und konstruktive Kritik. Viele Gründe, daraus eine gute Tradition zu machen. Also habe ich am ersten Sonntag des neuen Jahres erneut eingeladen und wie bereits am Start von 2006 kamen viele, weit über 60 Gäste: Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei bis hin zu SPD und CDU, ganz nach dem Motto: Es geht um das Beste für die Bürgerinnen und Bürger. Es geht um Fahrradwege, Jugendprojekte, Gaspreise, um die Entwicklung der Region insgesamt.



Ehrengast war unsere Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann, die in MOL ihren Wahlkreis hat. So konnten Gesprächspartner aller Couleur ihre Probleme und Anregungen Dagmar für die höchste parlamentarische Ebene direkt mitgeben.

Auch kurze Ansprachen müssen sein. Ich kritisierte die Landesregierung, dass sie die Galopprennbahn Hoppegarten aus der öffentlichen Hand an den freien Markt gegeben hat. Bleibt zu hoffen, dass die Auflagen der jetzigen Treuhandverwalterin für den Erhalt des traditionsreichen Standortes von einem künftigen privaten Eigentümer eingehalten werden. Weiterer Kritikpunkt: Die Landesregierung ist bei ihrem Nein für einen Wachstumskern in unserer Region geblieben. Und sie wird auch dabei bleiben. Das bedeutet kaum noch Fördermittel für Schulen, Straßen, öffentliche Gebäude, Jugend- und Kultureinrichtungen. Umso erfreulicher ist die Initiative der Bürgermeister von elf Gemeinden, gemeinsam Potenziale weiterzuentwickeln – siehe Seite 7. Unsere Linksfraktion im Landtag hat ein eigenes Leitbild für Brandenburg erarbeitet, das für alle Regionen gleichwertige Lebensbedingungen, gleiche Chancen vorsieht, das sich nicht nur auf Leuchttürme konzentriert. Mit zahlreichen Veranstaltungen werden wir im neuen Jahr unser Herangehen für die weitere Entwicklung Brandenburgs öffentlich diskutieren. Einen Baustein dafür bildet auch ein gelungener Neujahrsempfang.

Renate Adolph,
Landtagsabgeordnete

Wehrt euch!

Mit viel Wut im Bauch waren etwa 100 Menschen der Einladung Renate Adolphs zu einem Forum zum Thema Gaspreiserhöhungen gefolgt. Grund war ein angekündigter neuer Vertrag des Gasversorgers EWE. Hartmut Müller von der Verbraucherzentrale Brandenburg erläuterte, dass EWE hier »neue« gesetzliche Grundlagen in Gutsherrenart nutze, um Kunden in höhere Tarife zu pressen. Gasbezieher mit geltenden Verträgen sollten jedoch auf derartige Schreiben gar nicht antworten. Wer dennoch reagieren wolle, erhalte in den Beratungsstellen der Verbraucherzentrale weitere Informationen und Musterbriefe, mit denen die Erfüllung bestehender Verträge eingefordert werden könne. Außerdem ermunterte der Justiziar Kunden, denen die Preise zu hoch erschienen, ihren bisherigen Betrag zu zahlen und gleichzeitig Widerspruch gegen die Preissteigerung einzulegen. Bisher sei kein Widerspruchsverfahren gegen Verbraucher entschieden worden, weil dann die Gasanbieter ihre Preisbildung umfassend offen legen müssten. Immerhin gibt es bei den Brandenburger Gasversorgern Preisdifferenzen von bis 30 Prozent. Ein bloßer Verweis auf Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt reicht aber nicht aus. Auch die oft verwendete Begründung einer Koppelung vom Gas- an den Ölpreis hat keine gesetzliche Grundlage.
Renate Adolph verwies darauf, dass sich die Gewinne aller Energieversorger in den zurückliegenden Jahren enorm erhöht haben. Ihre Fraktion hat wiederholt mehr Transparenz in der Preisgestaltung bei Gas und Strom eingefordert. Wer höhere Preise verlangt, muss diese auch nachvollziehbar begründen können.

Neue Seiten der Fraktionsvorsitzenden

Die Vorsitzende der Linken im Landtag Brandenburg, Kerstin Kaiser, hat seit einem halben Jahr ein neues Internetangebot. Die Einführungsphase ist mit Jahresbeginn abgeschlossen. Die Seiten haben im Durchschnitt über 1.000 Besucher im Monat, die sowohl Infos zur parlamentarischen Arbeit, als auch aus dem Wahlkreis, zum Beispiel Reden, Anfragen, Pressemitteilungen ect., finden.
Nachfragen bei Ralf Wunderlich, 0171 - 930 16 16

www.kerstin-kaiser.eu

»Zivilcourage vereint!«

Unter dem Motto »No pasaran!« (»Sie werden nicht durchkommen!«) widerstanden einst Antifaschisten dem Franco-Faschismus in Spanien. Auch heute gilt es, sich gegen die Besetzung des öffentlichen Raums durch Rechtsextreme zu wehren. Die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann ruft – wie schon im vergangenen Jahr – junge Leute ihres Wahlkreises auf, interessante, aufregende und öffentlichkeitswirksame Projekte zum Thema »Antifaschismus« zu schaffen. Damit beteiligt sich Enkelmann zusammen mit anderen Abgeordneten der Linksfraktion an einem Wettbewerb, der bereits zum 4. Male unter dem Slogan »Zivilcourage vereint!« stattfindet.

Das diesjährige Thema für die künstlerischen Arbeiten aller Art ist »Spanien 2007«. Gesucht werden gewaltfreie, kreative Ideen gegen rechtsextreme Propaganda. Beteiligen können sich Jugendliche im Alter von 16 bis 26 Jahren. Die künstlerische Form ist frei wählbar – seien es nun Video-Clips, Plakate oder Gedichte. Von jedem Beitrag, der den Wettbewerb gewinnt, wird eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer mit einer Bildungsreise Anfang April nach Katalonien prämiert. Beiträge können bis 16. Februar an die Wahlkreisbüros von Dagmar Enkelmann in Bernau (Berliner Straße 17) oder in Strausberg (Wallstraße 8) gesandt oder dort abgegeben werden.

(Zusatzinfos unter www.dagmar-enkelmann.de oder www.zivilcourage-vereint.de)



»Woran glaube ich«

Theaterpremiere in Seelow





Geschrieben hat dieses Stück die Seelower Abiturientin Claudia Fortunato und damit im vergangenen Jahr im Wettbewerb »ausDRUCKsstark-gegen-rechts« eine Reise nach Italien gewonnen. In Impulse Juni/2006 berichtete sie bewegt über ihre Eindrücke auf den Spuren italienischer Partisanen.
Das Stück handelt vom Gymnasiasten Hannes Reich, der durch seine »Clique« immer mehr in die rechtsextreme Szene abrutscht.

Die Schüler der 13. Klasse des örtlichen Gymnasiums boten im restlos ausverkauften Kulturhaus eine tiefgründige Studie über die Antriebe rechtsradikaler Gewalttäter, die Ursachen ihrer stumpfsinnigen Ideologie und die Gefahr der Verbreitung ihres Gedankenguts.

Die 250 Zuschauerinnen und Zuschauer, unter ihnen die Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion Gesine Lötzsch und Dagmar Enkelmann – Initiatoren, Organisatoren und Sponsoren des auch in diesem Jahr wieder stattfindenden Wettbewerbs (siehe Randspalte) – waren tief beeindruckt. Gesine Lötzsch wird versuchen, das Stück noch in diesem Jahr in das Theater in der Parkaue nach Lichtenberg zu holen.

Das Drehbuch ist auf der Wettbewerbs-Seite zu lesen unter www.zivilcourage-vereint.de

Zum Mitdenken und Handeln

Aufruf von Gerd-Ulrich Herrmann, Leiter der Gedenkstätte Seelower Höhen

Seelow ist weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland bekannt und steht in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges für die größte Schlacht auf deutschem Boden. Eine über Jahrhunderte geschaffene Kulturlandschaft wurde in nur zweieinhalb Monaten von Menschenhand nachhaltig zerstört. Auf dem Gebiet des heutigen Kreises MOL ruhen auf 169 Kriegsgräberstätten mehr als 26.700 Soldaten verschiedener Nationen.

Die Gedenkstätte Seelower Höhen fördert das Erinnern an Ursachen, Verlauf und Folgen der Schlacht, sowie das Gedenken an alle Kriegsopfer und mahnt, dass Krieg kein Mittel zur Lösung politischer Probleme sein darf. Sie ist heute ein international anerkannter Erinnerungs- und Gedenkort, den Gäste aus dem In- und Ausland mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen besuchen – darunter viele Überlebende der Kämpfe. Sie gedenken nicht nur ihrer toten Kameraden, die meisten von ihnen auch ihrem ehemaligen militärischen Gegner. Dabei geht es ihnen nicht um Heldenverehrung. Die Zeitzeugen und ihre Angehörigen sind dankbar, dass hier in Seelow die Erinnerungen an die Leiden der Menschen in Uniform und Zivil bewahrt werden.

Am 18. November 2006 wählten Rechtsextremisten Seelow als Veranstaltungsort, um unter dem Deckmantel einer »Heldenehrung« Geschichte zu verfälschen und für zweifelhafte Zwecke zu missbrauchen. Auch in Seelow stellten sich ihnen am »Tag der Demokraten« hunderte Menschen entgegen. Das allein reicht jedoch nicht aus, man muss ihnen auch mit Argumenten entgegentreten.

Rechtsextreme benutzen in verstärktem Maße militärische Ereignisse und das Schicksal deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg, um ihre Gedanken zu verbreiten. Sie finden vor allem dort einen Nährboden, wo ein Vakuum an historischem Wissen existiert. Nur eine gezielte Jugendarbeit und die politische Aufklärung können dem dauerhaft entgegenwirken.

Ich rufe alle in der politischen Verantwortung Stehenden, Historiker, Pädagogen und alle, die solche Geschichtsverfälschungen nicht dulden wollen, zum Mitdenken und Mitmachen auf. Lassen Sie uns unsere gemeinsamen Anstrengungen in der politischen Bildung bündeln, sachkundige Argumente gegen solche Darstellungen finden sowie eine gezielte Wissensvermittlung betreiben. Jede Mitarbeit und jede Idee sind willkommen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass die tausenden Gräber der Kriegsopfer nur im Sinne von Albert Schweitzer wirken:

»SOLDATENGRÄBER SIND DIE GROSSEN PREDIGER DES FRIEDENS, UND IHRE BEDEUTUNG ALS SOLCHE WIRD IMMER ZUNEHMEN!«

Die Vergangenheit ist noch gegenwärtig

['solid] auf Spurensuche in Auschwitz und Krakow



Mehrere Ereignisse der letzten Monate beweisen einen bedenklichen Zustand der politischen Kultur in Deutschland. In der Nacht vom 9. zum 10. November, dem 68. Jahrestag der so genannten »Reichspogromnacht«, schändeten Rechtsextreme einen Gedenkstein der ehemaligen Synagoge in Frankfurt. In Cottbus wurde vier Tage später ein jüdischer Gedenkstein beschmiert und vier »Stolpersteine« entwendet. Am 18. November versuchten Rechtsradikale durch Seelow zu marschieren, um ihrer vermeintlichen »Helden« zu gedenken. Gleichzeitig veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie, aus der hervorgeht, dass rechtsextremes Gedankengut in West- wie Ostdeutschland noch immer weit verbreitet ist.

Die Vergangenheit ist also noch gegenwärtig. Aus diesem Grund veranstaltete der Brandenburger Landesverband von [´solid] im November eine Bildungsfahrt in die KZ-Gedenkstätte Auschwitz und in die einstige jüdische Metropole Krakau. Für 20 Jugendliche aus NRW, Brandenburg und Berlin stand die Auseinandersetzung mit der Geschichte im Vordergrund. Auf dem Programm standen Führungen durch das Museum des Stammlagers Auschwitz I und über das Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Außerdem hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, in einem Gespräch mit dem polnischen Auschwitz-Überlebenden und ehemaligen Direktors des Museums Auschwitz persönliche Erfahrungen eines Zeitzeugen zu hören und zu diskutieren.

Ein Anliegen war es, jüdische Geschichte nicht nur als Opfergeschichte zu begreifen und zu vermitteln. Aus diesem Grund besuchten wir auch das jüdische Zentrum und den jüdischen Friedhof von Oswiecim sowie das jüdisch-galizische Museum in Krakau.

Die Beschäftigung mit dem 3. Reich und dem Holocaust ist ein zentrales Anliegen für uns Linke. Die von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen tolerierte Vernichtungspolitik ist ein erschreckendes Beispiel, wozu fehlende Empathie und Solidarität führen können.

Wir danken der Landeszentrale für politische Bildung, der Landtagsfraktion der Linkspartei sowie der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann für die finanzielle Unterstützung der Fahrt und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement.

Norbert Müller, ['solid] Brandenburg, Landesvorstand

Linkes im Jahr 2007

Auf der ersten Beratung des Kreisvorstandes im neuen Jahr, am 8. Januar, ging es um wichtige programmatische Veranstaltungen des Kreisverbandes MOL im Jahr 2007.

Den Auftakt wird eine Mandatsträgerkonferenz mit den Abgeordneten und Sachkundigen Bürgern der Linkspartei.PDS in Gemeindevertretungen, im Kreis- und Landtag am 22. Februar in Strausberg bilden. Dabei soll der Entwurf der Kommunalpolitischen Leitlinien, die Lutz Amsel auf der jüngsten Kreisdelegiertenkonferenz vorstellte, weiter diskutiert werden. Es können immer noch Vorschläge an Lutz gemailt werden. Schwerpunkte der Beratung sind u. a. die Finanzausstattung der Kommunen, die Privatisierung kommunalen Eigentums, Wasser, Abwasser, Müll sowie Jugend-, Freizeit-, Sportangebote.

Alle machen Neujahrsempfänge. Die Linkspartei von MOL wird am 23. März zu einem Früh-LINKS-Empfang Genossen, Freunde, und namhafte Persönlichkeiten einladen.

Am 31. März findet die nächste Kreisdelegiertenkonferenz in Seelow statt.

Bernd Sachse stellte erste Überlegungen zu einem Kreisprojekt gegen Rechts vor: Filmveranstaltungen, Rock-Konzert, Fußballturnier, Bücherstraßen und anderes mehr sollen das ganze Jahr über an verschiedenen Orten des Kreises laufen. Dazu wird eine Projektgruppe gebildet. Interessierte können sich bei Bernd Sachse melden.

Renate Adolph

Regionales:

Selbsthilfe

Die Kommunen Hoppegarten, Neuenhagen, Schöneiche, Fredersdorf-Vogelsdorf, Altlandsberg, Petershagen-Eggersdorf. Rüdersdorf. Erkner, Grünheide, Woltersdorf und Strausberg haben ein eigenes Standortentwicklungskonzept »Zukunftsraum Östliches Berliner Umland« entwickelt – als Antwort auf die Streichung als Regionale Wachstumskerne.
Weil die Staatskanzlei von den Regionalen Wachstumskernen integrierte Standortentwicklungskonzepte abforderte, gaben die elf Kommunen ebenfalls so ein Konzept in Auftrag. Nicht, um Potsdam umzustimmen, sondern weil sie ihre Zusammenarbeit mit einer realistischen Analyse und pragmatischen Handlungsempfehlungen auf eine neue Stufe stellen wollen. Mit dem Standortentwicklungskonzept sollte geprüft werden, inwieweit und in welchem Maße das östliche Berliner Umland einen wirtschaftlichen Konzentrationsraum mit erheblichen Umlandfunktionen darstellt, der vergleichbare Funktionen wie die bisher ausgewiesenen Regionalen Wachstumskerne und Branchenschwerpunktorte erfüllt. Die Kommunen arbeiten bereits seit 1996 in der Arbeitsgemeinschaft Ost des Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg zusammen. Ergebnisse dessen sind u.a das »Räumliche Strukturkonzept H.A.S.E« und der »Tourismusverein »Märkische S5-Region«.

Signal auf Grün

Seit 22.12.06 darf die Eisenbahn der Strecke Berlin – Küstrin-Kietz Grenze zwischen den Kilometern 75,0 und 80,7 seit über 60 Jahren erstmals wieder mit 120 km/h fahren. Eisenbahnbetriebsleiter und Eisenbahnbundesamt haben nach Inbetriebnahme des Stellwerkes Küstrin-Kietz Anfang November der Sanierung und Ertüchtigung des Oberbaus zwischen Golzow und Küstrin-Kietz, sowie einigen kleineren Maßnahmen an Brücken und Durchlässen der Geschwindigkeitserhöhung zugestimmt. Weder ändern sich dadurch Fahrtzeit und Fahrplan, aber das Signal ist quasi auf Grün gestellt, als Beginn des Ausbaus der Ostbahn.
Im Jahre 2007 sind zwar keine neuen Baumaßnahmen in Sicht, aber Planung und Finanzierungsüberlegungen für die weiteren Bauabschnitte rollen hoffentlich auch mit 120km/h.

LINKE-Bürgerbüros der Abgeordneten

Dagmar Enkelmann – MdB
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Kerstin Kaiser – MdL
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
buergerbuero.mdl@ewetel.net

Wolfgang Heinze – MdL
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

Gerlinde Stobrawa – MdL
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

Renate Adolph – MdL
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

STRAUSBERG
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
www.pds-mol.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

SEELOW
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

BAD FREIENWALDE
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Genosse Kurt Kretschmann ist tot

Am 20. Januar starb er im Alter von 92 Jahren in Bad Freienwalde. 1999 war ihm gemeinsam mit seiner Frau Erna für seine Verdienste um den Naturschutz die Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt verliehen worden. Mit seinem Namen untrennbar verbunden ist das erste Naturschutzgesetz der DDR, die Gründung der ersten Naturschutzlehrstätten, sind unzählige Broschüren und Artikeln und natürlich die bekannteste Eule, das – seit 1992 – gesamtdeutsche Zeichen des



Naturschutzes. Bis zuletzt war er rastlos. Obwohl fast erblindet und stark schwerhörig war er stets über aktuelle Geschehnisse informiert und äußerte sich dazu. Allein in seinen letzen Jahren, die er im Pflegeheim verbrachte, verfasste er mehrere Gedichtbände, in denen er seine Position zu Natur- und Umweltschutz, aber auch zu politischen Ereignissen zum Ausdruck brachte. Sein Name ist aber ebenso engmit der Ablehnung von Krieg und Gewalt verbunden, die er immer wieder sehr offensiv vertrat.
Wir werden Kurt Kretschmann nicht vergessen.

Die LINKE.PDS
Gebietsverband Bad Freienwalde

Ein Stern für den »Star«



Kurz vor seinem 70. Geburtstag wurde Sigmund Jähn Ehrenbürger von Neuhardenberg.

Der einstige Bewohner des einstigen Marxwalde, heute Wahlstrausberger, flog am 26.8.1978 als erster Deutscher ins All. 1960 war er als Flugzeugführer der NVA samt Familie nach Marxwalde gezogen.

Im Ort gibt es eine Schinkel-Kirche mit einer Kirchendecke mit 6260 goldenen Sternen, die »verpachtet« werden, um Geld für die Sanierung des Gotteshauses zu erhalten.

Jetzt schenkt die Gemeinde ihrem »Siggi« einen Stern, so Bürgermeister Mario Eska von der Linkspartei.

Die nächste Redaktionssitzung ist am 13.2. um 18 Uhr wie immer im LinksTreff und die Teilnahme Interessierter ausdrücklich erwünscht. Artikel, Fotos und Meinungen werden ebenso dankend entgegengenommen. Über Veröffentlichung wird in der Redaktion entschieden.

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN FEBRUAR 2007

1., 17:00, SVV Strausberg, Klub am See
1., 18:00, Kerstin Kaiser auf dem 1. Tourismus- und Wirtschaftstag in Rüdersdorf, Kulturhaus
3./4., 1. Tagung des 10. Landesparteitages, Blossin
5., 18:00, Kreisvorstand MOL, LinksTreff
6., 18:00, Vernissage, Ölmalereien von Hannes Schüler, Strausberg, LinksTreff
14., 16:00, Kreistag MOL
17., 10:00, zu Gast bei Rotfuchs: Ulla Jelpke, MdB (DIE LINKE.), »Die neue Linke kann nur eine sozialistische sein«, Begegnungsstätte Volkssolidarität, Gerhard Hauptmann Straße, Strausberg
21., 19:00, Gespräch mit Kerstin Kaiser im Bürgerverein Nordheimbund zum Leitbild Brdg., Parkstraße 11, Strausberg
21., Politischer Aschermittwoch: **19:00** D. Enkelmann in Bad Freienwalde; **20:30** K. Kaiser in Petershagen/Eggersdorf
22., 18:00, Mandatsträgerkonferenz MOL, STICKER, Garzauer Chaussee, mit K. Kaiser
24., ab 10:00, Steuerkonferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Abgeordnetenhaus Berlin, Käthe Niederkirchnerstr. 5
28., 18:00, Kreistagsfraktion MOL, LinksTreff
28.,19:00, ND-Club, Berlin, Dagmar Enkelmann bei »Frauen in der Politik«
1.3., 17:00, SVV Strausberg, Klub am See
4.3., 10:00, Steigende Gaspreise – wie kann ich mich wehren?, LinksTreff, Gäste: Herr Müller, Verbraucherzentrale Brandenburg, MdL R. Adolph, Veranstaltung des KV MOL

IMPULSE
www.pds-mol.de

Herausgeber:
Kreisvorstand der Linkspartei.PDS – MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de
Redaktionsschluss: 18.1.2007

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341 - 30 94 05 · info@slc-gmbh.de